

# Berliner Tageblatt

Nr. 508

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Die Absetzung der sächsischen Minister.

Dr. Heinze zum sächsischen Reichskommissar ernannt. — Der Zusammentritt des Landtags verboten.

### Die neue Verordnung des Reichspräsidenten.

#### Amtsenthebung der sächsischen Regierung.

Dresden, 29. Oktober, 3 Uhr nachm. Hauptmann Olsch vom Reichswehrkommando 4 hat im Auftrage des Reichskommissars Dr. Heinze heute mittag 1 Uhr dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und den übrigen sächsischen Ministern mitgeteilt, daß die Minister ihrer Ämter enthoben seien. Die Minister haben sich gefügt.

#### Ermächtigung zur Absetzung der Minister.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Oktober. (W. T. B.)

Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes:

§ 1.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindegewalten ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Berlin, den 29. Oktober 1923.

Der Reichspräsident

93. Ebert.

Der Reichskanzler

93. Dr. Stresemann.

#### Die Ernennung des Reichskommissars.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 29. Oktober.

Heute mittag wird hier bekannt, daß der Reichskanzler den ehemaligen sächsischen Justizminister und späteren Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt hat. Damit ist das Kabinett Zeigner vorläufig aufgelöst.

#### Die Antwort der sächsischen Regierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 29. Oktober.

Das sächsische Kabinett hat gestern viele Stunden lang beraten, auch in Gegenwart von Mitgliedern der Reichstagsfraktion. Da zwei sächsische Minister beim Eintreffen des Reichskanzlerbriefes sich außerhalb Sachsens befanden und erst in den späten Nachmittagsstunden des Sonntag in Dresden eintreffen konnten, verzögerten sich die Beratungen bis in die Nacht hinein. Man entschied sich schließlich auf folgende Antwort an den Reichskanzler:

„Die sächsische Regierung lehnt das Ansuchen der Reichsregierung, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlauf liegt nicht vor, und es ist nicht die Verantwortung der Reichsregierung nach der Verfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die sächsische Regierung abzusetzen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausbleiben. Sie wird alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.“

Berlin, 28. Oktober. (W. T. B.)

Zur Entschiedenheit der sächsischen Regierung wird hauptsächlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entschiedenheit der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

#### Der sächsische Landtag verboten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 29. Oktober.

General Müller, der Befehlshaber des Wehrkommandos IV, erläßt folgende Erklärung: „In Ausführung der vorkrieglichen Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar von Sachsen findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt.“

\*

Der Beschluß des Reichskabinetts, dessen Ausführung von der sächsischen Regierung abgelehnt worden ist, wurde am Sonnabend von der Reichsregierung in Anwesenheit der sozialdemokratischen Reichsminister geteilt. Es bestand zunächst die Absicht, sofort einen Reichskommissar für Sachsen zu ernennen. Dieser Absicht widersprachen die sozialdemokratischen Minister. Es wurde dann der vermittelnde Vorschlag gemacht, nach Sachsen zunächst, ebenso wie nach Bayern, eine Note zu richten, durch die der sächsischen Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben werden sollte, freiwillig eine Veränderung in der Regierung herbeizuführen. Diesen Vorschlag haben die sozialdemokratischen Minister nicht widerprochen. Die Reichsminister Dr. Radbruch und Robert Schmidt begaben sich dann gestern noch in Begleitung von Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach Dresden, wo sie an der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion teilnahmen und, allerdings ohne Erfolg, die Gründe entwickelten, aus denen die Reichsregierung sich zu der Aufforderung an Sachsen entschlossen hat.

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Gewerkschaften treten heute zur Besprechung über die durch die Vorgänge in Sachsen geschaffene Lage zusammen. Eine Antwort von Bayern liegt bei Schluß der Redaktion noch nicht vor. In Sachsen hat sich die Situation durch das Verbot des Zusammentritts des Landtags weiter verschärft. Ueber die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen, die die Haltung der Reichsregierung gegenüber beiden Ländern bestimmen haben, wird noch zu sprechen sein.

\*

Ueber die Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister erfahren wir nach folgendes:

„Die in einigen Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Absetzung der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, ist unrichtig. Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vorkrieglichen Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teile diesen Entschluß der Reichsregierung mit. Die sozialdemokratischen Minister erklärten darauf, daß auch sie das Ausschließen der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur gewalttätigen Auflehnung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder warnten aber wiederholt und eindringlich vor dem vom Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt, dem sie unheilvolle Folgen in Sachsen und im Reich voraus sagten. Sie erreichten durch diesen Widerstand, daß die sofortige Entsendung unterblieb und daß die Absetzung des Reichswehramts nicht erfolgte und der Reichskanzler der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden ließ. Während dieser Frist verfuhr die sozialistische Fraktion in Dresden eine Entspaltung der Lage herbeizuführen. In nach dem Ergebnis dieser Dresdener Besprechungen behielten sich die sozialistischen Minister ihre Entscheidung vor.“

#### Kahr mit Hitler versöhnt.

Wieder Lebungen der Nationalsozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 29. Oktober.

Mit Billigung des Generalstaatskommissars marschierten heute zum erstenmal wieder Hitlers Sturmtruppen mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen aus der Stadt zum Militärschießplatz, um dort ihre Übung abzuhalten.

Der bayerische General Dr. v. Preger fährt heute von München, wo er der Regierung Bericht erstattet hat, nach Berlin zurück. Der Ministerat ist jetzt für morgen vormittag angeberstet, doch ist eine Entscheidung kaum vor einer Woche zu erwarten. Man will sich zunächst darüber vergewissern, ob die Reichsregierung auf der Aufhebung des Ausnahmezustandes und auf der Entlassung Kahrs und Lossows bestehen bleibt. Daß die Note der Reichsregierung keinen ultimativen Charakter hat, hat diese die bayerische Regierung schon wissen lassen.

T. W. Stresemann und sein Kabinett sind entschlossen, die Ordnung im Reiche zu schützen, die, zur Freude und zum Nutzen der französischen Eroberer, der sächsischen Kommunisten zertrümmert und Herr v. Kahr mit seinen Anhängern zerlegt. Die Reichsregierung hat das Kabinett des Herrn Zeigner in einem Ultimatum zur Abdankung aufgefordert, und sie hat die bayerische Staatsregierung ersucht, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen. Es ist ein unglücklicher und skandalöser Zustand, daß die kommunistischen Minister in Sachen unter Missachtung der Reichsautorität einen Terrorismus organisieren, der zum völligen Zusammenbruch des sächsischen Wirtschaftslebens führen muß. Es ist für den Bestand des Reiches unerträglich, daß der Münchener Diktator Generale zum Ungehorsam aufreizt, die Gefolge nicht anerkennt und, unterstützt von parteiwütigen Elementen auch außerhalb seines bayerischen Landes, nach den Mustern, die er auf den schlimmsten Seiten der deutschen Geschichte gefunden hat, den Gegentäufel zu spielen versucht. Das Kabinett Zeigner hat gestern abend das Ultimatum der Reichsregierung abgelehnt. Dagegen will es den sächsischen Landtag betragen, und vermutlich würden die Minister ein Votum, das ihnen einen Abmarsch mit kriegerischen Ehren gestatten würde, nicht gerade ungerne sehen. Nachdem die Reichsregierung ihren Willen kundgegeben hat, könnte selbstverständlich auch ein heroisches Veto des Landtages nichts ändern, und darum wird, wie die Verfassung es zuläßt, ein Reichskommissar den Platz einnehmen, auf dem das Kabinett Zeigner seine Kräfte entfaltet hat. Die Aufgabe wird nicht ganz leicht sein, und ihre glückliche Lösung hängt, wie so vieles in Deutschland, hauptsächlich von der Besserung der Ernährungslage ab. Ueber die Entschliessungen des Herrn v. Kahr und der bayerischen Regierung liegt eine offizielle Mitteilung noch nicht vor. Gar keinem Zweifel unterliegt es, daß Herr v. Kahr persönlich, in seinen weitgehenden Hoffnungen getäuscht, durch die Subjunktionsgründe der norddeutschen Verbände, von seiner Nachgiebigkeit hören will. Er hatte für die Entfesselung des Brandes, der Deutschland bezerren kann, einen einwandfreien Grund. Seine Popularität in Bayern wurde sehr schnell rissig, und er wollte sie auffrischt, indem er alle Sturmgloden gegen Berlin und gegen den Marxismus der Stresemann, v. Seekt und Geßler läuten ließ. Die Forderung und das Lebensmittelfind in München besonders Bayern seien mit Bier ist unerwünscht, die bayerischen Bayern seien mit Interesse die begeisterten Zustimmungsbekunden der norddeutschen Wähler und schiden kein Gebreche, die Befehle des Diktators, der ja Gehorsamsverweigerung patriotisch bis zum werden nicht befolgt. Der bayerische Spott liegt schon bis zum Throne des Diktators hinauf. Gleichseitig wurde Herr v. Kahr von Hitler und seiner Gefolgschaft, die er nicht zu entwaffnen wagte, sieblos behandelt und in der „Hochburg des bedrückten Deutschland“ bedrängt. Durch den deutschen Reich: Nach Berlin“, der befamntlich auf den Pariser Boulevards entstanden ist, verhöfnete er diese Konkurrenz. Wenn erwidert mit ganzem Herzen am Reiche hängende Bayern meinen sollten, durch das Ersuchen, das die Reichsregierung jetzt an Bayern gerichtet hat, sei eine friedliche Beilegung des Konflikts erschwert worden, so kann das nur ein Irrtum sein. Das Ersuchen ist ja erst hinausgegangen, nachdem Herr v. Kahr erklärt hatte, mit der Reichsregierung verhandelt er nicht mehr. Das Kabinett Stresemann und der Chef der Veresleitung haben wirklich den Beweis ihrer Verhöflichkeit erbracht. Kein Brautman hätte so viel Geduld gehabt.

Wenn wir unter all unseren großen Sorgen diejenigen nennen sollen, die uns am tiefsten berühren, so heißen sie, trotz Bayern und Sachsen, auch heute: Rheinland und Ruhrgebiet. Dabei muß gleich betont werden, daß nicht etwa das von Frankreich und Belgien bezahlte und bewaffnete Gesindel, dieser Separatismus der „Verbrecher und Banditen“, das der Berichterstatter der „Times“ so lebensvoll geschildert hat, als eine ernste Gefahr erscheint. Dieser aus den Junktäuern freigelassene Separatismus kann die Geldgründe und Wirtschaftlichen bedrohen, soweit sie noch nicht von französischen Offizieren gekümbert worden sind. Die „Verbrecher und Banditen“, unter denen sich, wie der Korrespondent der „Times“ bestätigt, nicht ein einziges ehrliches Gesicht befindet, können da ihnen die uniformierten französischen und belgischen Kameraden die Leiter halten, in ein paar Rathäuser eindringen, aber so gründet man nicht einmal in der Epoche des Herrn Poincaré einen Staat, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieser Aufwand der Zuhälter unter der Verachtung der rheinischen Bevölkerung und dem Ekel der ganzen Welt zusammenbrechen wird. Es ist auch nicht gefährlich, sondern nur ganz natürlich, daß der Herr v. „Victoire“ und der Herr v. „Temp“ sich mit der entpungenen Kanaille verbünden und ihr schmutzvolle Hymnen weihen. Man erkennt da alle Zeichen der Wahlverwandtschaft und eine kollegiale Herzenssympathie. Wenn Herr Herbet schreibt, die deutsche Diplomatie arbeite „unablässig für die Revanche“, der passiv Widerstand sei „die Vorbereitung einer militärischen Revanche“ gewesen, Deutschland wolle sich die Eisenbahnen und die Industrierwerke des Ruhrgebiets nur nicht nehmen lassen, weil das „Instrumente des deutschen Generalstabes“ seien und die separatistische Bewegung der



# Poincarés „letzte Zugeständnisse“.

## Die neue Sonntagsrede.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. Oktober.

Poincarés Rede vor dem Kaiserdenkmal in Sampigny beginnt mit einer Warnung „vor den schlichten Franzosen, die kein Vertrauen haben und alles mögliche erfinden, um Frankreich auf seinem Wege zu beirren und dem französischen Volk das Bewußtsein seines eigenen Wertes und seiner Erfolge“ zu nehmen. Doch immer bekennt Poincaré in Frankreich Leute, die „das Gewissen des Landes zu antworten verdienen und die Unerschrockenheit so weit treiben, daß man an ihre Gedächtnisse für die überhandnehmenden Leiden zweifeln muß.“ An solcher „Gedächtnischwäche“ leidet Poincaré nicht. Er ist stolz darauf, daß die Ruhroperation gelungen ist, denn sonst hätte eine ungelungene Luft am Schiedsgericht gegeben, auf die Leute des Volkes zu spekulieren. Doch immer seien die Zweifler von den Ereignissen nicht ganz befreit. Die guten Bürger müßten wachen, daß diese Leute die Zufälle nicht ausnützen, die dunkle Minderheit begünstigen könnten. Dieser ganze Teil der Rede wirkt etwas überheblich, da wir seit langem gehört haben und es täglich in den Blättern der Regierung lesen, daß ganz Frankreich geschlossen hinter der Politik seines Ministerpräsidenten steht.

Nach dem „Appel an die guten Bürger“ geht die Rede auf die Fragen der Stunde ein. Poincaré sagte: „Als Deutschland mit großem Eifer die Einstellung seines wachsenden Widerstandes anzeigte, glaubte ich, vor Illusionen warnen zu müssen. Ich habe mich leider nicht getraut, als ich sagte: daß wir mit den Forderungen und Ausfälligkeiten noch nicht zu Ende wären. Ehe wir unsere Forderungen genommen haben, behauptete das Reich, es könne die von der Reparationskommission bestimmten Lieferungen nicht ausführen, weil es nicht genug Kohlen für seine eigene Industrie hätte. Jetzt hat unsere Forderung gezeigt, daß Deutschland imstande war, diese Kohlen zu entnehmen. (1) Sogleich hat die Reichsregierung ihre Methode gewechselt und erklärt nun, daß sie für die Lieferungen zwar sorgen, aber die Lieferungen nicht bezahlen könne. Die ganze deutsche Politik wird durch die Suche dieser veränderten Haltung offenbar. Aber diese Politik der Negation und des bösen Willens, ergänzt durch finanzielle Verschwendung und Unordnung, hat zu der inneren Katastrophe geführt und den alten Streit der deutschen Staaten neu entzündet. Während Preußen, Sachsen und Bayern sich gegenseitig die Schuld für ihre Anarchie aufzubürden versuchen, an der sie alle ihren Anteil haben und für die sie allein die Verantwortung tragen müssen, auch wenn Herr Stresemann anderer Meinung darüber ist, während dieses Streits um den Vorrang des Urrechts begann im besetzten Gebiet eine Bewegung, die Unzufriedenheit der Bevölkerung und der alten Gemeinschaft gegen Preußen spontan hervorgerufen hat. Von uns ist die Initiative nicht ausgegangen. Wir haben uns von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands ferngehalten. Die Anklagen der Reichsregierung, die in Europa und Amerika verbreitet werden, können eine Wahrheit nicht verdunkeln, die von jedem unparteiischen Beobachter (?) anerkannt werden muß. Wie auch die künftige Verfassung Deutschlands aussehen mag, welcher Art die Beziehungen der Staaten sein mögen, die beim Abschluß des Vertrages das Deutsche Reich bildeten, niemals werden wir daran denken, das Gewissen der Bevölkerung gewaltsam niederzuzwingen, niemals werden wir einem Gedanken an Annexion nachgeben. Aber auch niemals werden wir darauf verzichten, unsere Sicherheiten zu verlagern. Die Garantie, die im Vertrage von Versailles versprochen wurden, haben wir nicht erhalten. Die Unerwartung der Militärmission ist schlagend. Deutschland hat sich den meisten Verpflichtungen über die Anzahl und Bewaffnung seiner Truppen entzogen, die es unterschrieben hat. Seine große Schwierigkeiten können deutsche Fabriken zur Anfertigung von Kanonen und Munition umgestellt werden. Eine Luftflotte kann in wenigen Tagen geschaffen werden. Deutschland hat den Einfluß der Militärkräfte, unter dem es so lange gelitten hat, nicht abgeschüttelt. Es hat im Gegenteil eine wilde Propaganda des Imperialismus überall verbreitet. Wir wären also sehr unvorsichtig, wenn wir nicht wachsam blieben. Wir sind ebenso wenig gewillt, unsere Rechte auf Reparationen preiszugeben. Alles, was heute geschieht, beweist, daß wir Recht haben, als wir uns Pfänder hielten. Wenn wir ohne diese Pfänder im Januar den Reich ein Memorandum von zwei oder drei Jahren bewilligt hätten, dann besäße Deutschland heute nicht bloß die Freiheit, uns nicht zu bezahlen, sondern es könnte sich sogar auf unsere Rollen beschränken und alle Verhältnisse des Reichs mit Anstrengungen versehen. Jetzt aber ist Deutschland selbst daran interessiert, so reich wie möglich dafür Sorge zu tragen, daß seine Gläubiger bezahlt werden. Denn Deutschland weiß, daß die Pfänder nicht aufgeben werden, ehe wir nicht Bezahlung der Reparationen erhalten haben. Es kommt allein auf Deutschland an, die Räumung des Ruhrgebietes durch energische Pfänderverfüllung zu beschleunigen. Was erwarten wir unter diesen Umständen von unseren Verbündeten? Nichts anderes, als daß sie den Vertrag beachten sollen, den sie unterzeichnet haben. Die deutsche Kriegsschuld ist gewissenhaft von der Reparationskommission festgelegt worden. Die Kommission hat sogar einen englischen Antrag abgelehnt, weil sie ihn für übertrieben hielt. Der Schuldbetrag, der am 5. Mai 1921 bestimmt wurde, ist von der englischen Regierung gebilligt und dem Reich in Form eines Stimulans zur Kenntnis gebracht worden. Diese Festlegung ist also endgültig und kann ohne unsere Zustimmung nicht abgeändert werden, da sie genau nach dem Inhalt des Vertrages zustande gekommen ist. Der Vertrag bestimmt, daß eine

Verabreichung der Schuld nur einstimmig bewilligt werden kann. Frankreich hat zu viel Prüfungen erlitten, als daß es seine Zustimmung zu einer solchen Reduktion geben könnte. Dennoch verlangt man fortwährend, daß wir eine neue Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands vornehmen sollen. Wenn darunter zu verstehen ist, daß wir auf dem Umwege zu einer Abschätzung der Schuldsumme kommen sollen, dann sind wir nicht zu befehlen, diesen Versuch nicht zu begünstigen. Wenn es sich aber darum handelt, abzuschätzen, was Deutschland in naher Zukunft zu bezahlen vermag, dann ist diese Prüfung auch nach unserer Meinung sehr notwendig. Die Reparationskommission ist durch den Vertrag sogar direkt darauf hingewiesen, von Fall zu Fall die Zahlungsfähigkeit des Reichs zu untersuchen, die natürlich dem Wechsel unterworfen ist. Solange kein Grund vorliegt, der Reparationskommission die Aufgabe zu entziehen, so lange verdient sie kein Mißtrauen, da sie sachverständig und unparteiisch ist.

Die Reparationskommission ist verpflichtet, Deutschland die Möglichkeit zu geben, seine Bemerkungen zur Sache vorzubringen. Die Kommission hat das Glück, einen offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten als ihren Mitarbeiter zu besitzen, der ein Mann von größter Gewissenhaftigkeit und Loyalität ist. Sie zählt zu ihren wichtigsten Vertretern Englands, Belgiens und Italiens, die alle überlegene Köpfe sind, weil er Franzose und weil er mein Freund ist. Aber ich denke, daß niemand ihm Mangel an Toleranz und Erfahrung vorwerfen kann. Die Folgerung ist leicht. Deutschland hat sich mit der Kommission in Verbindung gesetzt. Die Kommission wird ohne Zweifel in kurzer Zeit Vertreter des Reichs ändern. Die Kommission soll in Ruhe arbeiten, wie ihr Mandat es vorschreibt. Am hat Herr Stanley Baldwin, mit dem ich vor kurzer Zeit mich in Paris sehr freundschaftlich unterhalten habe, vor drei Tagen öffentlich an mich eine Einladung und eine Bitte gerichtet. Die Einladung war sehr höflich und betraf eine internationale Konferenz oder eine Beratung von Sachverständigen, die unter den Aufsicht der Reparationskommission stattfinden soll. Die Bitte, die mir persönlich galt, war eine freundschaftliche Mahnung, es dreimal zu überlegen, ehe ich die Einladung ablehne. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß jede Anregung des englischen Premierministers vor mir sorgfältig beachtet wird. Da bereits dreimal vierundzwanzig Stunden seit der Rede Baldwin's vergangen sind, kann der englische Premierminister gewiß sein, daß ich Zeit gehabt habe, meine Antwort mehr als dreimal zu überlegen. Wir sind einig über den wesentlichen Punkt, daß so rasch wie möglich die Reparationsfrage unter den Alliierten besprochen und eine Verständigung über die Sicherheit der Zahlungen gefunden werden muß. Wir Franzosen sind daran mehr interessiert als alle anderen, und es wäre Wahnsinn, diese Regelung zu verzögern. Wir wünschen auch genau so sehr wie England, daß die Vereinigten Staaten sich nicht länger von den Angelegenheiten Europas fernhalten möchten. Aber worüber sollte eine internationale Konferenz sprechen? Wie soll sie zusammengesetzt sein? Wie sollen ihre Beziehungen zu den einzelnen Regierungen und zur Reparationskommission geregelt sein? Wie weit sollen ihre Rechte gehen? Diese Probleme habe ich trotz Nachdenkens nicht lösen können. In England hat man viel über meine ungenügenden Sonntagsreden gesprochen. Nicht man in England nicht ein, wie viel unnütze Reden bei einer solchen internationalen Konferenz gehalten werden müssen? Wenn die englische Regierung nicht von uns verlangt, daß Deutschland bei dieser Konferenz mitberaten soll, wenn England nur den Wunsch hat, die Mitarbeit der Vereinigten Staaten zu gewinnen, dann ist es sehr leicht, sich über einen Gedanken zu verständigen, der bereits in Paris und in Washington, in Brüssel und in Rom erwogen worden ist. Die Reparationskommission beschäftigt sich täglich mit solchen Studien und Prüfungen. Sie kann ohne weiteres den offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten bitten, amerikanische Sachverständige anzufordern, mit französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die jetzt vorhandene Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen und von Deutschland ein Programm der wirtschaftlichen Reorganisation und einen genauen Reparationsplan einfordern. Alles dies liegt im Rahmen des Vertrages. Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Reparationskommission durch einen Organismus ersetzt wird, bei dem unter jetzt bereits geminderter Einfluß noch mehr beschränkt wird. Die Grenze unserer Korrekturen ist erreicht.

## Die Verdrängung der Separatisten.

Raubzüge und Plünderungen der Sonderländer.

Nach den aus dem Rheinland vorliegenden Meldungen hat sich die Lage dort geklärt. So sind München, Gladbach, Neuf, Brühl und mehrere andere Orte von den Separatisten frei. In Gusterich ist die Lage noch ungunstig. In Lier sind an Stelle der Separatistenpolen französische Posten aufgezogen mit der Begründung, daß die Separatisten bei ihrem Erscheinen die Bevölkerung zu sehr beunruhigten. Nach den Meldungen aus Aachen soll die Separatistenherrschaft dort von der internationalen Rheinlandkommission anerkannt worden sein. Eine Befestigung dieser Nachricht fehlt noch. In mehreren Orten sind Plünderungen vorgenommen.

zu welchem Resultate man gelangen, solange die Ruhrindustrie von den Franzosen sabotiert und erdrückt wird? Wenn man wirklich etwas erreichen und Deutschland zahlungsfähig machen will, so muß man sich an den Plan des Generals Smuts halten, an die politische Konferenz. Dann muß man zunächst wieder eine politische Ordnung, eine politische Sicherheit herstellen, das Leben im Rheinland und im Ruhrgebiet wieder regeln, es von der expressiven Herrschaft der Hungerperiode befreien. Alle Ursachen der Sachverdrängung sind Papierverdrängung, solange Deutschland der Willkür und ihren täglichen Überfahrungen ausgeliefert ist. Zum Leben und zum Bezahlen braucht Deutschland große, nicht nur kleine Kredite, und wer gibt sie, wenn im Rheinland unter dem lächelnden Zurpruch französischer Offiziere ein Gaunergetöse in die Rathhäuser eintrifft und im Ruhrgebiet die französische Zerstörungswut grauenhafte Hungersnot und Anarchie erzeugt? Wir müssen uns allerdings auch sagen, daß wir nicht gerade kreditwürdig erscheinen können, solange Herr v. Raht und

ein ungehöriger General unter „nationalem“ Applaus die Reichsautorität und die Disziplin unterwühlen, in Sachen der kommunistische Terror herumtrotzen und im reichsten, schönsten Grenzjahre durch Lebensmittelwucher und Aufpreisicherung des Getreides die Not der Ruhrleute und der Städte unenträglich gesteigert wird. Die Ruhrregierung hat den Kampf gegen die Aufhebung begonnen, und sie muß ihn fortsetzen, ganz gleich ob die Empörung unter der internationalen Fahne einherzieht oder sich hinter nationalen Schlagworten verbirgt. Würde es ihr nicht gelingen, den vielfältigen Drängen zu folgen, so würden natürlich die besten Absichten des Generals Smuts und anderer wohlmeinender Personen uns nichts mehr helfen können, und alle Veruche zur Wiederherstellung der Wirtschaft und der Finanzen würden überflüssig sein. Herr Poincaré würde, im gefährlichen Besitz des Raubdes, sagen können, wie Tiberius zu seinem Neffen Germanicus: „Genug Taten sind geschehen — jetzt überlassen wir die Deutschen ihrer Uneinigkeit.“

In den Spelunken angeworbene Strolche sei die spontane Reaktion einer Bevölkerung, die nicht mehr unterdrückt, ausgebeutet und als ein Kriegswerkzeug gegen ihre westlichen Nachbarn benutzt werden will, so ist das so plump und dumm, daß es nur lächerlich wirken kann. Die französische Journallisten hat etwas mehr oder weniger prostituierten wollen, ist uns im Grunde egal. Nein, die Sorge, die man beim Blick auf das Rheinland empfindet, stammt von anderen Ursachen her. Gewisse Bestrebungen, die mit irgend-einem Separatismus und seinen Dummheiten zu tun haben, könnten leicht dem französischen Imperialismus einen Weg öffnen, den sie ihm nach Ansicht ihrer Anhänger verpöhlen sollen. Es wird behauptet, daß man dem Feinde „den Wind aus den Segeln nehmen“ müsse und daß das beste Mittel dafür eine Erweiterung der rheinischen Rechte, also wohl eine Neuordnung des Verhältnisses zu Preußen sei. Zu den Kreisen, die diese Politik empfehlen, gehören nicht die „marxistischen“ Arbeiter, die am Vordruck rütteln lassen wollen, sondern die kräftigen und schärfen, während mancher vielverdienende Landwirt sogar in das „separatistische Brigantentage“ hinüberläuft. Für die sogenannte Vorbeugungsaktion erwärmen oder erhitzen sich Honoratioren, „prominente“ Persönlichkeiten, die in adäquater oder hundert Aufsichtsräten sitzen, und Inhaber von Ehrenämtern, die wie Herr v. Raht, im Dienste der christlich-germanischen Weltanschauung stehen. Selbstverständlich greifen diese Herren nicht, wie Herr v. Raht, die Verfassung, sondern sie denken ganz verfassungstreu nur durch parlamentarische Beschlüsse zur Verwirklichung ihrer Idee zu gelangen. Dennoch ist die Idee falsch und die Politik, die ihren Verteidigern so klug erscheint, auf sehr gefährlichen Irrtümern aufgebaut. Wer glaubt im Ernst, eine Umwandlung des Verhältnisses zu Preußen würde die Franzosen veranlassen, auf ihre Herrschaftsansprüche zu verzichten und ihre Vorkommnisse zurückzuführen? Die Rheinlandfrage, die für Deutschland keine Frage ist, wird an dem Tage das Hauptthema bilden, an dem auf einer Konferenz der Mächte oder in diplomatischen Verhandlungen Frankreich von seiner „Sicherheit“ sprechen wird. Bis dahin werden alle staatsrechtlichen Änderungen längst vergessen sein, die heute vorgenommen werden könnten, und wenn man dann die Franzosen daran erinnern würde, so würden sie natürlich sagen, daß sie eine alte Geschichte und interessiere sie nicht. Es ist absolut notwendig, vor der ewigwährenden Ordnung der Dinge nichts, gar nichts, aus der Hand zu geben und der Welt nur eines zu zeigen: einen Willen, der sich nicht beugt. Und es hat gar keinen Sinn, dem französischen Götzen ein Zirkel zu schlachten, denn er fordert Menschenfleisch.

Im Ruhrgebiet haben die Besprechungen zwischen den Vertretern des Bundesverbandes und den französischen Beobachtern ja wieder begonnen, aber niemand, der einen Einblick in die Dinge hat, ist sehr hoffnungsvoll gestimmt. Die französische Parole lautet offenbar: wegnehmen, was Frankreich gebrauchen kann, und ruinieren, was der französischen Schwerindustrie als Konkurrenz unangenehm ist. In zahllosen Artikeln hatte die Presse des Herrn Poincaré die wirtschaftliche Blüte, zu der man nach der Aufgabe des passiven Widerstandes das Ruhrgebiet führen werde, verlockend ausgemalt. Jetzt stellt man die Ruhrindustrie vor die Wahl, unmögliche Bedingungen anzunehmen oder die Werke zu schließen und zwei Millionen Menschen einem Hungerelend zu überlassen, das grauenvoll werden und alle Zeichen der Anarchie entfehlen muß. Dann könnte man „im Interesse der Ordnung“ die Leiden entzweigen und die verzweifelte Arbeiter durch ein Stücken Brot zum Gehorsam bringen. Natürlich kann es auch anders kommen, die Verwertung kann die ganze französische Rechnung umwerfen, aber solche Ueberlegungen sind an den Büffelschnecken selbstbewußter Eroberer noch immer abgeprallt. Sollten, wie es wahrscheinlich ist, die Düsseldorf Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so wird man zur Verringerung der Hungersnot jede praktische Maßregel anwenden müssen, die sich irgend erünnen und durchführen läßt. Mit der Arbeitslosenunterstützung allein kann die Bevölkerung in einem Gebiete nicht erhalten werden, in dem die Leuerung noch wilder als anderswo raft. Die Reichsregierung hat die internationale Organisation des Roten Kreuzes, die Kläner und andere wohltätige Hilfsvereinigungen um ihre rettende Mitwirkung erucht. Zunächst müßte man die Kinder herauschaffen und nach einem bestimmten System im Lande verteilen, und dann wäre doch zu erwägen, ob nicht auch eine große Zahl der Arbeiter verpflanzt und mit Notstandsarbeiten bis zu dem Tage beschäftigt werden könnte, wo der französische Pharaon begraben wird, daß man ohne sie keine Kohle aus dem Boden stampft. „Und da es dem König in Ägypten ward gesagt, daß das Volk war gestorben, ward sein Herz verwandelt und seiner Anarchie gegen dem Volk und sprach: warum haben wir das getan?“

Am 23. Oktober hat zum ersten Male in London ein mit der Würde des Amtes unversehrt Staatsmann in einer Rede das europäische Problem tief angegriffen und, ohne sich mit jertischen diplomatischen Kompromissen aufzuhalten, der englischen Politik ein klares Ziel gesetzt. Bis dahin hatte man doch nur viel gesprochen, um der politischen Notwendigkeit des Handelns zu entgehen. Die Rede des Generals Smuts, des südafrikanischen Premierministers, ist in Deutschland nicht genügend ausführlich erörtert worden, weil gerade die Separatisten, Sachsen, Herr v. Raht und noch einige andere Mägen die Öffentlichkeit beschäftigen, aber das Schweigen war nicht Gleichgültigkeit und setzen haben Worte einen so tiefen Eindruck gemacht. Wir bedauern nur das eine, daß der Mann, der ein so scharfes Verständnis für die europäischen Dinge besitzt und wahrscheinlich auch die Energie hätte, den Urheben des europäischen Chaos die Macht Englands fähig zu machen, nicht in Europa lebt, sondern in Afrika. Gewiß, auch von Lord Curzon muß man sagen, daß er in seinen Reden das französische Vorgehen mit dem richtigen Namen genannt und sich hartnäckig bemüht hat, Herrn Poincaré zu Enttäuschungen über das, was nach der Meinung des passiven Widerstandes geschehen werden zu bringen. Aber nachdem Herr Poincaré alle Versprechungen unerschüttert gelassen hat, die in seiner Antwort vom 14. Juni stehen, hat Lord Curzon sogar darauf verzichtet, das Urteil der Welt über diesen skandalösen Wortbruch anzufragen, und sich mit stiller Resignation begnügt. Smuts hat in seiner Rede gesagt, die Lage erfordere „eine radikale Neuordnung und, wo notwendig, eine Revision der bestehenden Vereinbarungen“, und er hat eine „große Konferenz der Mächte“ und also eine politische Konferenz verlangt. Herr Poincaré, der genau weiß, daß auf einer solchen Konferenz seine Situation recht schwierig sei, würde, sieht sich aus der Affäre, indem er zugibt, daß die Reparationskommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit ein paar Sachverständige befragen dürfe, und die englische Regierung findet sich annehmend mit diesem ziemlich bedeutungslosen Zugeständnis ab. Man hat die deutsche Zahlungsfähigkeit schon einige Male geprüft. Welchen Zweck aber hat es, sie zu prüfen, und















Oeehelhäuser & Landé Bankkommanditgesellschaft, Berlin, wurde die Koehelwerk, Akt.-Ges. für chemische Erzeugnisse...

Das Bankhaus M. Koppel & Co. in Emden i. Ostf. (gegründet 1849) ist gemäss Absatz 3 der Verordnung über Devisenbanken...

Die neue gegründete Hamburger Bank von 1923, die Herausgabe von wertständigen Notenscheinen und Verrechnungsmitteln übernimmt...

Flug. Elektrische Apparatebau Akt.-Ges. in Frau-lautern (Saar). In der aussordnerlichen Generalversammlung wurden alle Punkte der Tagesordnung einstimmig angenommen...

Trachenberger Zuckereisenerie in Trachenberg. In der Generalversammlung wurde der Geschäftsbericht genehmigt und die Dividende...

Kollasche Goldanleihe zu gewähren. Die restlichen Aktien sollen im Interesse der Gesellschaft verwertet werden.

Friedrich-Wilhelm- und Gerling-Konzern Lebensversicherungs-Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss...

N. V. Fienders Nederlandse Constructie M.J. in Amsterdam. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschloss, wie uns in Ergänzung unserer Meldung vom 2. Oktober mitgeteilt wird...

Erhöhung der Kohlenpreise in Polen. Der Inlandspreis für Dombrowa, Krakauer und Oberschlesische Kohle wurde...

Abbau der Zinssätze in Deutsch-Oesterreich. Umfangreiche Wertpapierverkäufe in der letzten Zeit im Vereine mit bedeutender Verschärfung der Geldpolitik...

Zinssatz in Frankreich. Im Juli 1923 betrug der mittlere Zinssatz der französischen Obligationenemissionen 7,03 pCt.

Zukunft der Anatolischen Eisenbahnen. Die Verhandlungen der englischen Schröder-Gruppe mit der türkischen Regierung über die Reorganisation der Anatolischen Eisenbahnen...

Elektrofabriken. Vereinigung von Fabriken für Elektro-Installations-Gegenstände, haben mit sofortiger Wirkung die Goldwertschneidungsfaktoren für ihre Erzeugnisse um durchschnittlich 12 1/2 pCt. erniedrigt.

Neue Preisregelungen in der Weisswarenbranche. Der Verband der Fabrikanten der Weisswarenbranche hat sich mit dem Reichsausschuss für die Bekleidungsindustrie...

Waren-Markt.

Die VI. Havag-Auktion fand in üblicher Weise am 24. und 25. Oktober 1923 im Kristallpalast zu Leipzig statt. Zum Angebot gelangten 2600 Tische, 1000 Stühle, 1000 Lampen...

Vom böhmischen Hopfenmarkt. Mitteilungen des Hopfenbauverbandes in Saaz (Böhmen). Die Ruhe am Saazer Hopfenmarkt hielt auch in den drei letzten Tagen der Berichtswochen an.

Sulzerlinge. (Bericht von E. F. Dahke, Stettin.) In dieser Berichtswochen trafen reichlich Zulieferer ein und zwar bezogen die beiden direkten Dampfer „Helgoland“ und „Osaka“...

Zur Lage des Bradford u. Tourneleur Wollmarktes. (Bericht der Firma Wood, Hentzen & Schludt, Leipzig.) Bradford: Der Markt hat sich in der letzten Woche wieder verfestigt.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes items like 46er Kammzug, 1914 d per lb, 1915 d per lb, etc.

DUROS Isolierflaschen. Verkauf und braucht ein jeder. Gebildet durch D. R. P. N. O. P. U. L. S. W. F. Rein Verschluss - dichtes Glas. Kein Lecken - keine Luftaufnahme.

Wir verleihen im Auftrage einer ausländ. Bank an erstklassige Firmen Beiträge von 5000,- an erwünschten. Direktion der Ostropa A. G., Berlin NW. 7.

Metallbetten. Stahlmatt., Kinder-, dicke Priv. Catt. 702 Fr. Eisenmöbelwerk Schülz (Hth.). 10 Stück Kesselwagen, neuwertig, nach besten Eisenbahn-Normen gebaut.

Sofort lieferbar. 10 Stück Kesselwagen, neuwertig, nach besten Eisenbahn-Normen gebaut. 7 m. Eile, 75 m. Birke, 41 m. Kloben, 160 m. Knüpp, 30 m. Reiserl.

Ca. 1000 Stück Küchenstühle, Bandelien, 10 Stück Kesselwagen, neuwertig, nach besten Eisenbahn-Normen gebaut.

Nachtrag zur Morgen-Erzpres-Ausgabe des Berliner Tageblatts.

Stollitz weiterhin von den kommunistischen Rittmfern durchkreuzt wurde. Aus Hamburg wird gemeldet: Das zum ersten Male aufzunehmende...

Der „Tempo“ entwirft bereits ein Programm für die kommenden Beratungen. Ueber die Frage der Einreise in und der Regiergung...

Im Verfolge der am 24. Oktober von der Reichsregierung beschlossenen und geltenden der Ränder gefestigten...

Wadcofen sofort aufführbar. E. Gruppe & Co., W. Gensdörfer, 14. Surf. 1302. Schlag-Blag Drei Kronen, ideal in jeder Art in Gärten, prumpt ab Berlin oder Gaspeln.

Export. 30 Reddigstefel, Offener Markt für die Sch. (offiziell) in Berlin, am 14. 17. 1923. J. D. Küster Nachf., Giesefeld.

Chemicalien. Wir suchen: Kalk, Schrot, Borax, Glimmer, Oxidkupfer, Soda, Natrium, etc.

Sofort greifbare Woffen gegen Raffe eell. wertheilfähig gefast: mehrere taubend Gros Drucktüpie, garantiert woffen, ca. laufend Nachlieferungen, Hand, 18-20 cm.

Rechenmaschinen. 5000. Reparaturen u. Erstat. COSMOS Berlin W. 8. Sic. 180 u. 410. Reipziger Straße 23. Muldentypographen, 1/2 und 1/4 cm. 500, 560, 600, 610 mm Spindel-Länge...

Vertical text on the far right edge of the page, likely a page number or additional header information.